

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Interventionsbedarf im Norden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1986) : Interventionsbedarf im Norden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 6, pp. 268-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136163>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Interventionsbedarf im Norden?

Schon seit langem ist eine Verminderung des ökonomischen Gewichts der vier norddeutschen Küstenländer (und Nordrhein-Westfalens) relativ zu Bayern und Baden-Württemberg zu beobachten. Dennoch kann wohl nicht von einem Wohlstandsgefälle oder gar von einer Verarmung des Nordens gesprochen werden. Wesentlich dramatischer gestaltet sich ein Vergleich der Arbeitsmarktsituation: in Norddeutschland gab es zwar schon immer höhere Arbeitslosenquoten; die Vergrößerung der Unterschiede wirkt aber alarmierend.

Als gängige Erklärungen für diese Unterschiede gelten die ungünstige geographische Randlage des Nordens, historische Einmaligkeiten früherer Standortentscheidungen, ungleiche Faktorpreisflexibilität, voneinander abweichende Freizeitwerte und der regional als unterschiedlich angesehene Grad an Wirtschaftsfreundlichkeit der jeweils regierenden politischen Kräfte, schließlich noch die unter-

schiedliche sektorale Wirtschaftsstruktur. Der Süden demonstriert bisher jedenfalls die größere Dynamik bei der Bewältigung des anstehenden Strukturwandels.

Diese Anpassung an sich verändernde Bedingungen ist zwar in einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft die ureigenste Aufgabe der Unternehmen. Dennoch wird angesichts sektoraler und regionaler Strukturprobleme schon gewohnheitsmäßig der Ruf nach staatlicher Hilfe laut. Die Unternehmen wenden sich an die Bundesländer und diese an den Bund; jede neue oder erhöhte Subvention wird als Erfolg begrüßt.

Welche Ziele sollten aber mit Hilfe von Subventionen oder anderen staatlichen Interventionen im Norden angestrebt werden? Eine Kopie der südlichen Sektorstrukturen erscheint kaum möglich, so daß der Staat wieder vor dem bekannten Problem der Selektion steht. Erfolgversprechend wäre in jedem Fall ein Verzicht auf Unterstützung von schon lange Zeit nicht mehr wettbewerbsfähigen Sektoren. Damit muß nicht immer nur die Wertindustrie gemeint sein, sondern es sollte über alle Subventionen – auch im Bereich der Landwirtschaft – diskutiert werden.

Die Finanzmittel, die durch eine wünschenswerte Verminderung von Erhaltungssubventionen verfügbar würden, müßten nicht unbedingt zur Unterstützung neuer Produktionen eingesetzt werden; zumal die ökonomischen Ergebnisse selektiver staatlicher Förderung nicht immer überzeugend sind – das gilt auch für den Fall Airbus. Zu bevorzugen sind Maßnahmen zur generellen Verbesserung der Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungssituation in Norddeutschland. Die Unternehmen sollten auf diese Weise ermuntert werden, verstärkt in einen Wettbewerb um neue Produktionsideen einzutreten.

Trotz der für Kritiker frustrierenden

Erfahrung mit der tatsächlichen Subventionspolitik sollte man sich einmal den Norden als Vorkämpfer gegen Subventionsmentalität und gegen die Realisierung von Mitnahmeeffekten vorstellen. Dazu gehört auch der Verzicht auf einen Subventionswettbewerb zwischen den norddeutschen Teilregionen. Diese Forderung wiegt schwer, zumal innerhalb Norddeutschlands die Entwicklungen keineswegs gleichartig verlaufen sind. So haben besonders die beiden Hansestädte an Gewicht verloren. Es besteht aber Einigkeit darüber, daß die großen Städte als Impulsgeber für das Wachstum der Regionen leistungsfähig erhalten werden müssen.

Die im Falle der beiden Stadtstaaten festzustellende Zerschneidung von Wirtschaftsräumen durch Ländergrenzen erschwert planerische und finanzwirtschaftliche Koordination, die zwischen Flächenländern und ihren Gemeinden leichter zu erreichen ist. Manchem mag daher die Idee der Bildung eines einheitlichen Bundeslandes im Norden als Lösungsmöglichkeit bestechend erscheinen. Dabei könnte es sich freilich nur um ein Langzeitprogramm handeln; kurzfristig wäre damit das Wachstumsgefälle auch nicht zu beseitigen. Um so dringlicher erscheint die Neuordnung des Finanzausgleichs. Die Erfüllung der von den Stadtstaaten im Rahmen der gesamten regionalen Entwicklung wahrzunehmenden Aufgaben ist durch finanzwirtschaftliche Regelungen abzusichern. Dabei sollte nicht nur ihre Bedeutung für das Bundesgebiet insgesamt, sondern auch das besondere Interesse der norddeutschen Flächenländer an der effizienten Wahrnehmung dieser Metropolfunktionen sichtbar werden. Wenn dieses nicht gelingt, fehlt den im Interesse der Nutzung künftiger Wachstumschancen berechtigten Forderungen nach mehr Kooperation zwischen den norddeutschen Ländern ein wesentliches Fundament.